

NACHRICHTEN

SOMALIA
Nato-Flottenverband gegen Piraten unterwegs ans Horn von Afrika
BRÜSSEL - Ein Flottenverband der Nato hat am Mittwoch den Suezkanal durchfahren, um vor der Küste Somalias Piraten zu bekämpfen und Frachtschiffe zu beschützen.

USA
Zeitung: Regierung ordnete „Waterboarding“ schriftlich an
WASHINGTON - Die Regierung von US-Präsident George W. Bush hat der umstrittenen Verhörmethode „Waterboarding“ ausdrücklich schriftlich zugestimmt, bei der einem Verhörten vorgetauscht wird, dass er ertränkt wird.

Umfrage: Obama baut Vorsprung vor McCain erneut deutlich aus
WASHINGTON - Vor ihrem dritten und letzten Fernsehduell hat der US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama den Vorsprung vor seinem Rivalen John McCain deutlich ausbauen können.

EUROPÄISCHE UNION
Konservative wollen Barroso weiter als EU-Kommissionspräsident
BRÜSSEL - Der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, soll nach dem Willen der europäischen Konservativen auch nach 2009 im Amt bleiben.

IRAK
Einigung auf Truppenabzug der USA bis Ende 2011
BAGDAD - Nach monatelangen Verhandlungen haben sich der Irak und die USA auf die Grundzüge eines Truppenabzugsabkommens verständigt.

DEUTSCHLAND
Versuchsdossier Asse hat noch keinen neuen Betreiber
BERLIN - So schnell, wie das Forschungsministerium Annette Schavan (CDU) und Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) angekündigt haben, wird das umstrittene Versuchsdossier Asse nicht an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übertragen werden.

DEUTSCHLAND
Versuchsdossier Asse hat noch keinen neuen Betreiber
BERLIN - So schnell, wie das Forschungsministerium Annette Schavan (CDU) und Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) angekündigt haben, wird das umstrittene Versuchsdossier Asse nicht an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übertragen werden.

Neun Weise für Einwanderung

Deutsche Stiftungen berufen einen „Sachverständigenrat für Integration und Migration“

VON ANDREA DERNBACH

BERLIN - Die deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik hat gute Chancen, bald strenger Prüfung ausgesetzt zu sein: Acht deutsche Stiftungen, darunter mehrere große, haben einen „Sachverständigenrat für Integration und Migration“ berufen und wollen in das Projekt in den nächsten drei Jahren 1,7 Millionen Euro investieren.

Dabei dürften die Anklänge an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der - bekannter als die „fünf Weisen“ - seit 45 Jahren die Regierung in der Wirtschaftspolitik berät, nicht rein zufällig sein: Wie die Wirtschafts- werden auch die Migrationsweisen einen Jahresbericht zur Lage des Einwanderungslands Deutschland verfassen - der erste ist im Frühjahr 2010 geplant - und sich im Bedarfsfall zusätzlich zu aktuellen Fragen äußern.



Zusammenleben. Die Integrationspolitik wird künftig kritisch begleitet. Foto: photothek.net

EIGENINITIATIVE

Einfluss auf Entscheider gewinnen

Der neue Rat, der ab Januar 2009 amtiert, ist das Werk von acht Stiftungen: von Volkswagen, von Bertelsmann, Hertie, Vodafone und der „Zeit“ sowie der Körberstiftung, der Freudenberg-Stiftung und der Stiftung Mercator in Essen. Einige von ihnen engagieren sich seit Jahren in der Migrantenförderung.

Weitere sollen hinzukommen: mit der Bosch-Stiftung ist man im Gespräch. Vorbild sind, so Volkswagen-Generalsekretär Wilhelm Krull, Denkfabriken wie Carnegie oder die Brookings Institution. Die Stiftungen versprechen sich von dem Joint Venture mehr Einfluss auf die Politik.

Man habe sich zur Eigeninitiative entschieden, weil die gerade zur zentralen Politikberaterin ausgerufenen Gelehrtengesellschaft Leopoldina für dieses Feld noch nicht gerüstet sei.

Bei Razzia gegen „Heimattreue“ belastendes Material gefunden

BERLIN - Bei der bundesweiten Razzia gegen den rechtsextremen Verein „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) sind die Sicherheitsbehörden nach Tagesspiegel-Informationen auf Beweise dafür gestoßen, dass der Verein eine Nachfolgeorganisation der seit 1994 verbotenen „Wiking Jugend“ ist.

Wie aus Verfassungsschutzkreisen verlautete, wurden bei der Razzia auch massenhaft Daten aus Mobiltelefonen ausgelesen - auch aus dem Handy des brandenburgischen Rechtsanwaltes. Dadurch erhoffen sich die Ermittler weitere Erkenntnisse über die Vernetzung der Neonaziszene in Deutschland.

reits bekannt gewesen, hätten aber nicht in Verfahren verwendet werden können, ohne die V-Leute zu gefährden.

Der Innenausschuss des Bundestages verschoß am Mittwoch die Befassung mit den Anträgen der Oppositionsparteien für ein Verbot der HDJ auf 12. November. Dann wollen die Koalitionsfraktionen aus Union und SPD selbst einen kürzlich vereinbarten eigenen Antrag einbringen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, ein Verbot zu prüfen.

Kanadas Konservative durch Neuwahlen gestärkt

BERLIN/OTTAWA - Die seit 2006 in Kanada regierenden Konservativen sind gestärkt aus der Parlamentswahl hervorgegangen. Regierungschef Stephen Harper verfehlte am Dienstag aber das Ziel der von ihm angesetzten Neuwahl, seine mit knapper Minderheit der Parlamentssitze regierende Partei durch eine absolute Mehrheit zu stärken.

Die Konservativen erlangten mit 37,7 Prozent der Stimmen 143 Sitze im Unterhaus des Parlaments in Ottawa. 155 Sitze sind für eine Mehrheit erforderlich. Die Regierung ist also auch weiter darauf angewiesen, bei wichtigen Abstimmungen Unterstützung unter den drei Oppositionsparteien zu suchen, also bei den politisch links der Mitte liegenden Liberalen, der

Regionalpartei Bloc Québécois und der sozialdemokratischen NDP.

Aus deutscher und europäischer Sicht hat das Wahlergebnis Vor- und Nachteile. Einerseits will sich Harper dafür einsetzen, Handelshemmnisse gegenüber der EU weiter abzubauen, so auch bei dem am Freitag stattfindenden EU-Kanada-Gipfel.

Eine interessante Lehre könnte die kanadische Wahl darüber hinaus für die deutsche Innenpolitik bereithalten: Angesichts der in Hessen bevorstehenden Minderheitsregierung zeigt Kanada, dass derartige Regierungen manchmal langlebiger sind als gedacht.

Der Druck auf Deutschland wird wachsen

— Meinungsseite

Hunderttausende fliehen vor den Kämpfen

In Sri Lankas Norden stehen Regierungstruppen vor der Tamilenhauptstadt / Hilfsorganisation hofft auf internationalen Druck

VON INGRID MÜLLER

BERLIN - Im Norden Sri Lankas tobt ein Krieg fast ohne Zeugen. Ausländer mussten vor Wochen gehen. Auch einheimische Helfer wie die Mitarbeiter der Hilfsorganisation Sewa Lanka waren jüngst von der Regierung aufgefordert worden, das Gebiet zu verlassen.

zehn Kilometer. Dann kommen die Kämpfe hinterher, sie fliehen wieder zehn, 15 Kilometer. Sie sind ständig unterwegs.“ Kinder gehen nicht in die Schule, manche haben nicht mal einen Schlafplatz für die Nacht.

Navaratne teilt die Flüchtlinge in drei Gruppen ein. Die ersten flüchten mit der Familie zu Freunden, die zweiten sind in kleinen Gruppen unterwegs, sie bleiben in Tempeln oder Schulen, eine weitere aber wisse nicht wohin und schlafe im Freien unter Bäumen.

Er hofft darauf, dass bei Verhandlungen Ende der Woche Sicherheitszonen ausgewiesen werden, in denen Zivilisten unbehelligt bleiben.

TAGESSPIEGEL-SPENDEN

Schule wird fertig

Die von Harsha Navaratne gegründete Hilfsorganisation Sewa Lanka ist Partnerorganisation der Deutschen Welthungerhilfe. Gemeinsam betreuen sie Projekte, die nach dem Tsunami mit Spendengeldern von Tagesspiegel-Lesern finanziert wurden.

seien in den vergangenen zwei Monaten 2000 Menschen von dort geflohen. Beobachter hatten gedacht, es würden mindestens zehnmal so viele kommen. Aber, sagt Navaratne, die Tamilen bräuchten nicht nur einen LTTE-Passierschein. Gerade junge fürchteten sich vor Übergriffen des Militärs, weil sie seit zehn, zwölf Jahren im Tamilengebiet gelebt haben.

Als „ein gutes Signal“ in Richtung der Tamilen wertet Navaratne den Umstand, dass jüngst der unter dem Namen Karuna bekannte abtrünnige Ex-LTTE-Kommandeur für den Osten als Parlamentsabgeordneter in Colombo vereidigt wurde. Navaratne träumt davon, dass Tiger-Abgeordnete einmal nach einer Wahl ganz normal Abgeordnete werden könnten.

wohl er glaubt, dass diese Schlacht geschlagen werden wird. Jenseits des Tamilengürtels gebe es kaum jemanden, der für einen Stopp der Offensive wäre. Die Leute seien den 25 Jahre währenden Bürgerkrieg leid, nun könne die Regierungarmee zum ersten Mal einen Sieg erringen könnte.

Navaratne hofft, dass die Armee die Offensive anschließend stoppen und die LTTE fragen wird: „Warum kommt ihr nicht zu Verhandlungen?“ Es werde auch internationalen Druck geben.

Mixa: Neues Kindergeld ist „Beleidigung“

BERLIN - Die Bundesregierung hat ein Entlastungspaket auf den Weg gebracht, das insbesondere Familien und Geringverdienern helfen soll. Das Kabinettschloss am Mittwoch in Berlin, dass der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung Anfang 2009 für 18 Monate von 3,3 auf 2,8 Prozent reduziert wird.

Als völlig unzureichend hat der Augsburger Bischof Walter Mixa die Kindergelderhöhung kritisiert. Monatlich zehn Euro mehr pro Kind seien eine „Beleidigung der Familien“ und eine „grobe Missachtung“ ihrer Leistungen für die Gesellschaft.

dp/KNA

DER TAGESSPIEGEL

ZEITUNG FÜR BERLIN UND DEUTSCHLAND
Pflichtblatt der Börse Berlin
Verleger: Dr. Stefan von Holtzbrinck
Herausgeber: Dr. Pierre Gerckens, Giovanni di Lorenzo, Dr. Hermann Rudolph

LEITENDE REDAKTEURE:
Tissy Bruns (Politische Korrespondentin), Malte Lehming (Meinung), Ingrid Müller (Politik), Ewald B. Schulte (Investigation), Norbert Thomma (Sonntag)

RESSORTLEITUNGEN:
Politik: Lutz Haverkamp, Armin Lehmann, Berlin/Brandenburg: Gerd Nowakowski, Wirtschaft: Moritz Döbler, Sport: Robert Ide, Kultur: Christiane Peitz, Rüdiger Schaper, Wissen/Forschen: Dr. Hartmut Wewetter

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE:
Wolfgang Proisinger (Die Dritte Seite), Dr. Moritz Schuller (Meinung/Politische Literatur), Dr. Anja Kühne (Bildung), Dr. Joachim Huber (Medien)

REDAKTEURE FÜR BESONDERE AUFGABEN:
Dr. Peter von Becker (Kulturautor), Dr. Elisabeth Binder, Bernd Matthies, Harald Schumann, Harald Schumann

REPORTER:
Werner von Barber, Deike Diering, Caroline Fetscher, Sven Goldmann, Frank Jansen, Bas Kast, Friedhard Teuffel

PARLAMENTSRÉDAKTION:
Antje Sirlschow (Leitung), Robert Birnbaum (Reporter), Cordula Eubel, Stephan Haselberger, Hans Monath

REDAKTIONSBURO:
Washington: Dr. Christoph von Marschall, London: Markus Hesselmann, Potsdam: Thorsten Metzner

ARTDIREKTORIN:
Ursula Dahmen
Fotoredaktion: Kai-Uwe Heinrich (Tel. (030) 26009-317)

Die Redaktionen von „Der Tagesspiegel“, Berlin, und „Handelsblatt“, Düsseldorf, kooperieren.
Verlag Der Tagesspiegel GmbH

VORSTAND DER BESONDEREN AUFGABEN:
Dr. Stefan von Holtzbrinck
Geschäftsführung: Frank Lütke (Sprecher), Dr. Marion Biele

ANZEIGENLEITUNG:
Axel König
Anzeigenleitung: Jens Robotta

Zentraler Abonnementervice: Tel. (030) 26009-500
Zentraler Anzeigenservice: Tel. (030) 26009-700
Geschäftsstelle im Verlagshaus: Berlin-Mitte, Potsdamer Straße 77-87

Monatlicher Abonnementpreis bei täglicher Erscheinungsweise: in Berlin und Brandenburg 25,90 € (Quartal 77,70 €), Halbj. 150,75 €, jährlich 295,30 €; überregional 26,20 € (Quartal 78,60 €), Halbj. 152,50 €, jährlich 298,70 €; Premium-Abo 28,10 € (inkl. „Zitty“ 14-tägig, nur in Berlin und Brandenburg), Quartal 84,30 €, Halbj. 163,60 €, jährlich 320,35 €; Wirtschafts-Kombiabo 26,90 € (inkl. „Berlin maximal“ zehnmals jährlich, Quartal 80,70 €, Halbj. 156,60 €, jährlich 306,70 €); überregional 27,20 € (Quartal 81,60 €, Halbj. 158,30 €, jährlich 310,10 €); Kombiabo mit „Zweite Hand Bootshandel“ (einmal monatlich) 26,30 € (Quartal 78,90 €, Halbj. 153,10 €, jährlich 299,85 €); überregional 26,50 € (Quartal 79,50 €, Halbj. 154,25 €, jährlich 302,10 €); Studenten einbeinlich 13,50 € monatlich (inkl. „Karriere“ einmal monatlich); Premium-Studentenabo einbeinlich 15,90 € monatlich (inkl. „Karriere“ einmal monatlich und „Zitty“ 14-tägig, nur in Berlin und Brandenburg); Wirtschafts-Kombiabo Studenten 14,50 € (inkl. „Berlin maximal“ zehnmals jährlich); Kombi-Studentenabo mit „Handelsblatt“ börsenfähig einbeinlich 20,25 € monatlich (inkl. „Karriere“ einmal monatlich); inkl. 7% Umsatzsteuer und Zustellung innerhalb Deutschlands. Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Keine Erstattungsansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil